№ 31. **Provinzial-Correspondenz.** 3. August 1881.

Neunzehnter Jahrgang.

„Alte Geschichten."

Seit einem Jahre schlägt man die Werbetrommel für die »große liberale Partei« und der ganze Lärm kommt nur der Fortschrittspartei zu Statten, als der thätigsten und rücksichtslosesten unter den Verbündeten.

Schon einmal vor 20 Jahren hat diese Partei durch Ueberrumpelung die Herrschaft über die ganze, sonst schwächliche »große liberale Partei« an sich gerissen und die Zeit ihrer vermeintlichen Größe durch den Ruin des ganzen Staatswesens bezeichnet.

Die Grundsätze und zum Theil die Personen sind noch jetzt die nämlichen, und erst jüngst beim 20jährigen Jubelfest der Partei hat man ihr in allen Blättern der »großen liberalen Partei« nachgerühmt, daß sie ganz dieselbe geblieben sei.

Darum kommt es darauf an, den Worten die Thaten jener Zeit gegenüber zu stellen und das jetzige Geschlecht zu warnen, daß es nicht unter dem Namen der liberalen Partei in Wahrheit die Fortschrittspartei zur Herrschaft bringe.

Dies wird um so mehr zur Pflicht, je mehr die Blätter und Männer, die jene Zeiten nicht blos erlebt, sondern mit verschuldet haben, trotz ihrer anscheinenden nachherigen Sinnesänderung jetzt wieder Alles thun, um die alten Irrthümer zu verbreiten, und weil außerdem ein neues Geschlecht, welches die Fortschrittspartei noch nicht am Werke gesehen hat, in die Theilnahme an der Politik hineingewachsen ist.

Deshalb werden hier die Großthaten der Fortschrittspartei erzählt, und wenn es der »großen liberalen Partei« nicht gefällt, so möge sie doch eingestehen, daß sie allein hierzu die Veranlassung gegeben hat und täglich giebt.

Zur Geschichte der Fortschrittspartei.

III.

Wie die Fortschrittspartei die deutsche Sache gefördert hat.

Als endlich die große Entscheidung zwischen Oesterreich und Preußen und über ihren Einfluß in Deutschland herankam, stand die gesammte Fortschrittspartei in schreiendem Widerspruch mit ihren eigenen Grundsätzen zu Oesterreich und den Mittelstaaten gegen Preußen. Herr von Bismarck hatte allerdings das preußische Abgeordnetenhaus mit seiner fortschrittlichen Mehrheit bei Zeiten unschädlich gemacht, sobald die Schwierigkeiten mit Oesterreich einen drohenden Charakter annahmen. Er hatte den Landtag schon im Januar 1866 nach Hause geschickt, weil er keine Unterstützung von ihm erwarten konnte. Die Fortschrittspartei aber hielt sich in Vereinen, Stadtverordneten- und anderen Versammlungen schadlos, die sie zum schroffsten Auftreten gegen die preußische Regierung bewog, selbst noch als diese eine Bundesreform auf so freisinnigen Grundlagen, wie sie der Nationalverein selbst in seinen kühnsten Träumen nicht erwartet hatte, beantragte. Versammlungen von fortschrittlichen Wahlmännern und Urwählern protestirten gegen den Krieg; sie erklärten, daß »die verabscheuungswürdige Politik der preußischen Regierung Deutschland unrettbar dem tiefsten Verfall preisgeben müsse«. Fast alle Stadtverordneten-Kollegien, mit rühmlicher Ausnahme desjenigen von Breslau, fast alle Kaufmannschaften und Handelskammern, alle Wahlbezirke Berlins, fortschrittliche Versammlungen u. s. w. sprachen sich gegen den Krieg aus und verlangten einen Regierungswechsel in Preußen; der Abgeordnetentag in Frankfurt verdammte den drohenden Krieg »als einen der Dynastie dienenden Kabinetskrieg«.

Während Preußens Feinde schon drohend an den Grenzen standen und jeder Augenblick die wichtigsten Entscheidungen im Rathe des Königs oder auf dem Schlachtfelde bringen konnte, sah die Fortschrittspartei in der Gefahr des Vaterlandes nichts Anderes, als eine günstige Gelegenheit, um die Bismarcksche Regierung endlich zu stürzen!

Wenn sich daher die Fortschrittsleute rühmen, daß schon auf ihrer Fahne Preußens und Deutschlands Größe gestanden habe, ehe Herr von Bismarck die Leitung der Regierung übernommen, und daß dieser nur ausgeführt habe, was sie längst angestrebt, so ist gerade das Gegentheil wahr. Schöne Worte enthielt wohl ihr Programm, aber so oft es auf die That ankam, haben sie ihre eigene Fahne verleugnet. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, so hätten wir noch die elenden politischen Zustände wie vor 1866, so stände Preußen noch unter dem Bundestag und die Feinde Preußens hätten ihren Willen durchgesetzt.

Nach der Auseinandersetzung mit Oesterreich sagten sich alle praktischen Politiker von der unfruchtbaren Fortschrittspartei los. »Nicht durch rechthaberisch verneinende Haltung«, erklärten sie, »sondern durch einen wirklichen Antheil und ein Verdienst um die Wendung der deutschen Geschicke unter den Hohenzollern wird die liberale Partei ihre Stellung neu befestigen und, indem sie sich der Krone nothwendig macht, die Rechte des Volkes stärken können. Bismarck hat die deutsche Einheit unaufhaltsam gemacht, wenn das Volk auf seine Seite tritt.«

Die Fortschrittspartei aber, wie sie bisher keinen Theil an den Thaten Preußens gehabt hatte, hat auch weiterhin das Werden und Wachsen einheitlicher Macht Deutschlands niemals unterstützt, vielmehr jeder Zeit zu hindern gesucht. Mit vollem Recht sagte Fürst Bismarck von ihr: »Alle Unruhe im Reiche und alle Schwierigkeiten, zu gedeihlichen, ruhigen Zuständen zu kommen, kommen von der Fortschrittspartei und denen, die mit ihr sympathisiren in den anderen Fraktionen.«

Es würde zu weit führen, alle Großthaten der Fortschrittspartei seit Errichtung des Norddeutschen Bundes bis in die neueste Zeit hinein ins Einzelne zu verfolgen. Es ist eben eine ununterbrochene endlose Kette, in der jedes Glied dem anderen völlig gleich ist. So hat sie schon sofort die Verfassung des Norddeutschen Bundes bekämpft, unter dem Vorgeben, daß sie die in der preußischen Verfassung vorhandenen freiheitlichen Grundrechte nicht enthalte und daß alle (angeblichen) Opfer an Volksrechten die Einigung Deutschlands eher hindern als fördern würden. Bekanntlich ist aber dieselbe Verfassung, welche die Einheit Deutschlands hindern sollte, schon nach vier Jahren die Grundlage der Einigung von ganz Deutschland als Reichsverfassung geworden.

Besonders war alsdann der Fortschrittspartei der Ausgleich über die Militärverfassung, den selbst die freisinnigsten Abgeordneten der anderen liberalen Parteien lebhaft betrieben, sehr zuwider; sie erklärte, Deutschlands militärische Macht nach außen hin sei schon durch die Militärkonventionen mit den kleinen Staaten gesichert. Was wäre aus dem nächsten Kriege, aus dem Schutze des Rheinlandes, Badens und ganz Deutschlands geworden, was für unsägliches Unheil wäre für unser Vaterland entstanden, welche Opfer hätte das Volk statt der Ruhmestage von Wörth, Gravelotte, Sedan u. s. w. bringen müssen, wenn wir eine Militärverfassung nach dem Sinne der Fortschrittspartei gehabt hätten, statt nach dem Sinne unseres Königs, Bismarcks und Moltkes!

Dieselben Leute, welche heute wieder mit der Fortschrittspartei Arm in Arm gehen, weil sie angeblich dieselben Ziele verfolgen, schrieben damals u. A. gegen die fortschrittlichen Wahlen in Berlin: »Die Hauptstadt des Deutschen Reichs darf nicht ausschließlich von Männern vertreten sein, die der ganzen Entwickelung unseres deutschen Staatswesens feindlich gegenüberstehen.«

Daß dieses Urtheil begründet war, zeigt die ganze Geschichte des Norddeutschen Bundes. Unser König durfte auf

die reichhaltigen Ergebnisse der gemeinsamen Thätigkeit mit dem Reichstage mit gerechter Befriedigung hinweisen, welche im ganzen deutschen Lande und außerhalb der Grenzen desselben getheilt wurde. Die erreichten Erfolge gaben dem deutschen Volke zugleich die Bürgschaft der Erfüllung der Hoffnungen, welche, entgegen den Warnungen der Fortschrittspartei, an die Schöpfung des Bundes geknüpft waren. Aber an jener ganzen Entwickelung hatte die Fortschrittspartei nicht den geringsten Theil gehabt: sie hatte fast Alles, was dazu führte, bekämpft und verworfen.

Ebenso hat die »deutsche« Fortschrittspartei, nachdem der Norddeutsche Bund sich zum Deutschen Reiche erweitert hatte, jede Entwickelung desselben zu hemmen gesucht. Sie rechnet es sich hoch an, daß sie doch im Einzelnen viel im liberalen Sinne »verbessern« geholfen habe. Sie hat allerdings jeder Zeit für die liberalsten Abänderungen der Vorlagen gestimmt und dadurch der Regierung die schließliche Annahme der veränderten Gesetzentwürfe oft recht schwer gemacht; aber hinterher hat sie fast alle Gesetze, nachdem sie ihre Abänderungsvorschläge durchgesetzt, im Ganzen doch verworfen. Weil aber diese Gesetze durch ihren Einfluß vielfach den ursprünglichen Absichten der Regierung nicht entsprechen, deshalb bedürfen so viele von ihnen schon jetzt einer Revision.

Wenn die Fortschrittspartei dem letzten Kriege keine Hindernisse wie den früheren bereitet hat, so ließ der völlig unvorhergesehene jähe Ausbruch desselben und die allgemeine Begeisterung, die sich sofort kundgab, keinen Raum für irgend welche Demonstrationen. Aber die Partei rühmt sich noch heute, der Ausdehnung der Verfassung des Norddeutschen Bundes, der »Bundesverfassung mit partikularistischen (sonderstaatlichen) Verschlechterungen« auf ganz Deutschland entgegen gewesen zu sein, und sie verhöhnt die Nationalliberalen, daß sie auch damals das »Erreichbare dem Wünschenswerthen« nicht opfern wollten.

Das ganze frühere unpatriotische Gebahren hat die Fortschrittspartei unverändert auch seit dem Bestehen des Deutschen Reiches fortgesetzt. Sie hat im Einzelnen wie im Ganzen die Entwickelung der einheitlichen Rechtsverhältnisse bekämpft, sie hat allen nationalen Bestrebungen, soviel in ihrer Kraft stand, Hindernisse bereitet. Eine geradezu tödtliche Feindschaft aber hat sie von vornherein bis in die neueste Zeit dem Träger des nationalen Gedankens, dem Leiter der deutschen Politik, dem Fürsten Bismarck bewahrt. »Fort mit Bismarck«, das ist ihre Losung gewesen, seit der große Staatsmann in die Regierung berufen worden. Sie leugnet jetzt zwar, wohl wissend, daß gerade dieser Ruf ihr das deutsche Volk abwendig gemacht hat, die Forderung gestellt zu haben. Aber das Hauptorgan der Partei hat es noch im Jahre 1879 offen ausgesprochen: »Es giebt keine andere Hülfe, als daß man angesichts der Lage des Landes sich aufrafft zu dem, was wir sein sollen, zu Männern, die furchtlos und frei aussprechen, was das Land empfindet: **Der Herr Reichskanzler Fürst Bismarck muß fort von seinem Platze!!**" —

Das deutsche Volk aber wird bei den bevorstehenden Wahlen zu entscheiden haben, ob es sich diesem Rufe anschließen und die Partei, welche aller nationalen Größe und der Entwickelung des Deutschen Reiches im Innern wie nach Außen grundsätzlich feindlich gegenübersteht, unterstützen, oder ob es der Politik, welche Deutschland einig und im Auslande hoch geachtet gemacht hat, auch ferner sein Vertrauen bewahren will, das noch in keiner Weise und in keinem einzigen Falle getäuscht worden.

Die Fortschrittspartei hat durch ihr Verhalten seit ihrem Bestehen längst allen Glauben verwirkt, denn sie hat den Fürsten Bismarck unablässig gerade in dem verdächtigt und in gehässigster Weise bekämpft, was jetzt allseitig als sein unsterbliches Verdienst anerkannt wird. Da sie dort nicht mehr ihr zerstörendes Werk fortsetzen kann, so übt sie es jetzt an der inneren und der wirthschaftlichen Politik des Reichskanzlers. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Wortführer der Fortschrittspartei auch in dieser Richtung als Lügenpropheten erkannt werden.

»National oder international? Ein Wort über die Parteien im deutschen Reichstage« ist der Titel einer in Leipzig bei Fr. Wilh. Grunow so eben erschienenen Broschüre. Wie die geachtete Verlagshandlung im Vorwort versichert, lebt der ungenannte Verfasser mit den Arbeitern zusammen und kennt durch eine liebevolle Beschäftigung genau ihre Bedürfnisse in Bezug auf Maß und Sicherheit der materiellen Existenzbedingungen, wie nicht minder in Bezug auf das sittliche Leben. Auf Seite 35 und 36 dieser Broschüre finden sich folgende Worte:

»Ich rechne es dem Reichskanzler aufs höchste an, daß er trotz Attentate und Sozialdemokratie seinen lebendigen Glauben an die edlere Seite des Volksgeistes beurkundet dadurch, daß er freiwillig des niedern Volkes Rechte bedeutend zu erhöhen sucht, im festen Vertrauen, daß es zum Segen und nicht zur weiteren Verwilderung beitragen wird. In der That, wenn der Glaube an das Volk nicht mehr vorhanden ist, wenn man davor erschrickt, dem »süßen Pöbel« zu viele Rechte einräumen zu sollen, dann kann sich die Nation überhaupt begraben lassen; denn dann taugt der ganze Untergrund nichts mehr, auf dem sie steht; denn wir sind dann nur des Pöbels oberes Schaumspritzen. Die Sozialdemokratie umfaßt wesentlich nur die von der Kirche abgetrennten kleinen Leute, die nun keine rechte geistige Sphäre mehr haben, derselben aber ebenso dringlich bedürfen als höher Gebildete. Daß diese Klasse nunmehr vielfach nicht das Richtige erfaßte, ist nur zum geringsten ihre Schuld. Für mich hat daher das Unfallversicherungsgesetz eine ganz prinzipielle Bedeutung, die weit über Einzelheiten darin hinausragt. Es ist das Sichwiederbeschäftigen des Staates mit der geistigen Würde des unteren Volkes. Einmal soll sein Nationalitätsgefühl wieder gestärkt werden, deshalb ist es wichtig, daß es den Staat als den Träger der Idee deutlich herausfühle, und dies ist schon wieder ein Stück geistigen Inhalts und thut bei den Industriearbeitern vor allem Noth; sodann aber ist der Schritt der Anfang der Fürsorge des Staates, den arbeitenden Klassen zur Erlangung größerer, vor dem Aeußersten geschützter materieller Sicherung zu verhelfen und damit zu größerer gemüthlich wohlthätig wirkender, innerer geistiger Ruhe, was hinwiederum den ersten Schritt und die Basis für Empfänglichmachung für lokale Interessen und zur Theilnahme an geistigeren Genüssen bildet.«

Der deutsche Ausfuhrhandel nach Ostasien, Australien und der Südsee.

Seit einer Reihe von Jahren hatte die Kaiserliche Regierung sich die Aufgabe gestellt, dem deutschen Handels- und Schifffahrtsverkehr nach den überseeischen Ländern, namentlich auch in der Südsee durch die Entsendung von Kriegsschiffen und durch den Abschluß völkerrechtlicher Verträge Rückhalt zu gewähren. In mehreren dem Reichstage vorgelegten Denkschriften war der Umfang und die Entwickelungsfähigkeit des deutschen Südseehandels dargelegt worden und es waren darin die zur Wahrung der deutschen Interessen erforderlichen Maßnahmen klar bezeichnet. Die hiernach bisher mit Erfolg vom Reiche beobachtete Politik bestand darin, in denjenigen Ländern, welche nicht ausschließlich dem Machtgebiet anderer Staaten angehören, die Gleichstellung und volle Gleichberechtigung Deutschlands und seiner Angehörigen mit den meistbegünstigten Nationen zu sichern.

Dieser Politik entsprach es durchaus, daß die Reichsregierung zu Anfang des vorigen Jahres den Versuch machte, die Begründung einer »Deutschen See-Handels-Gesellschaft« auf Samoa, welche die in Folge der Nothlage einer dort bestehenden deutschen Firma drohende Schädigung des nationalen Interesses abzuwenden den Zweck hatte, durch eine Zinsgarantie Seitens des Deutschen Reichs zu ermöglichen. Es ist in Aller Erinnerung, daß die Fortschrittspartei im Verein mit den ihr blindlings Gefolgschaft leistenden anderen liberalen Parteien des Reichstages auch in diesem Falle wieder, wie überall, wo es sich um die Wahrnehmung der vaterländischen Interessen und um das nationale Ansehen im Auslande handelt, die Mitwirkung versagte und so das patriotische Unternehmen zu Falle brachte.

Wenn es nun auch nicht in der Macht der Reichsregierung lag, einseitig thatsächliche Schritte zur Hebung des deutschen Verkehrs in jenen überseeischen Ländern zu thun, so hat sie dennoch, im Vertrauen auf eine künftige, von nationalem Geiste getragene Mehrheit des Reichstages, nicht unterlassen, der so wichtigen Angelegenheit des deutschen Ausfuhrhandels

nach überseeischen Gebieten auch weiterhin die ernsteste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Zeugniß davon giebt u. A. die Denkschrift, welche unterm 24. Mai d. J. dem Reichstage vorgelegt worden und die den deutschen Ausfuhrhandel nach Ostasien, Australien und der Südsee zum Gegenstande hat. Dieselbe war zunächst dadurch veranlaßt worden, daß sowohl der Kaiserliche Gesandte in Peking, als der Kaiserliche General-Konsul für Australien in ihren Berichten wiederholt und eingehend die Maßregeln erörtert hatten, welche nach ihrer an Ort und Stelle gewonnenen Anschauung der Verhältnisse zur Erhaltung und Hebung des deutschen Ausfuhrhandels nach jenen Gegenden erforderlich erscheinen.

Die »Provinzial-Correspondenz« hat seiner Zeit nur kurz von dieser Denkschrift Notiz nehmen können. Bei der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes, der vielleicht in nicht langer Zeit wieder mehr in den Vordergrund des öffentlichen Meinungsaustausches treten und dann hoffentlich eine richtigere Würdigung als bisher finden dürfte, möge nachstehend ein kurzer Auszug aus der umfangreichen Denkschrift Platz finden.

Die Bemühungen der deutschen Industrie, ständige Absatzmärkte für ihre Erzeugnisse in überseeischen Ländern zu gewinnen, haben bisher im Vergleich zu den konkurrirenden Bestrebungen anderer Nationen keine befriedigenden Erfolge erzielt. Die durch diese Wahrnehmung veranlaßten Erörterungen seitens der amtlichen Vertreter des Reichs sind, obwohl für ihre Verbreitung im Publikum Sorge getragen worden ist, bisher ohne den gewünschten Einfluß auf eine Aenderung der anerkannten Mißstände des deutschen Exporthandels geblieben. Ohne gewisse positive Maßregeln wird auch eine nachhaltige Hebung des deutschen Exporthandels nicht zu erwarten sein, wenigstens nicht für China, wo in letzter Zeit der deutsche Handel von seiner bereits eingenommenen Stellung in bedauerlicher Weise herabgesunken ist, und nicht für Australien, wo die mit gutem Erfolge geschehene Beschickung der Ausstellungen in Sydney und Melbourne der deutschen Industrie einen neuen Absatzmarkt zu schaffen verspricht, wo aber die sehr bedeutenden, für die Betheiligung an diesen Ausstellungen aufgewandten Kosten verloren zu gehen drohen, wenn nicht der angebahnte Verkehr in energischer Weise weiter verfolgt und befestigt wird.

Die Vortheile, die der Handel anderer Nationen gegenüber dem deutschen genießt, beruhen nicht sowohl auf der Abwesenheit einzelner Fehlgriffe, zu deren Begehung der deutsche Industrielle neigt, als vielmehr auf dem Vorhandensein gewisser grundlegender, dem Gesammthandel eines Landes als Stützpunkte dienender Einrichtungen, deren die deutsche Industrie bisher leider entbehrte.

Das an und für sich durchaus lobenswerth erscheinende Unternehmen des einzelnen Fabrikanten, selbst nach neuen Absatzgebieten für seine Erzeugnisse zu suchen, führt, wie die Erfahrung lehrt, selten zu den erhofften Resultaten, weil der Fabrikant nur selten über die erforderliche Kenntniß der Bedürfnisse und Geschäftsgewohnheiten des fremden Marktes, sowie zugleich über genügende Mittel verfügt. Die Mittel des Fabrikanten reichen meist nur dazu hin, um einen ersten schüchternen Versuch zu machen, seine Waare in fernen Gegenden abzusetzen, nicht aber, um beim Ausbleiben eines sofortigen Erfolges mit Geduld und Ausdauer seinen Erzeugnissen bei den überseeischen Konsumenten allmälig Eingang zu verschaffen; und doch gehören diejenigen Fälle, in denen ein neues Fabrikat oder eine unbekannte Firma in einem fremden Lande sofort Erfolge erlangt, zu den Seltenheiten. Dabei ist es leider gerade bei dem deutschen Exporthandel häufig der Fall gewesen, daß der vereinzelt operirende Industrielle durch Mangel an Mitteln oder an Verständniß für die Bedingungen des Weltverkehrs, nicht nur sich selbst die Aussicht, ein dauerndes Absatzgebiet zu erwerben, abgeschnitten hat, sondern daß durch ungeschicktes oder gar unredliches Vorgehen des Einzelnen auch der Ruf und die Aussichten für die Zukunft der gesammten Industrie Deutschlands geschädigt worden sind.

Eine Beseitigung dieser Mißstände kann nur durch Begründung von Kommissionshäusern für den Export in den deutschen Hafenplätzen geschaffen werden, wie solche in England und Frankreich längst vorhanden sind. Hierdurch würde der direkte Verkehr der Fabrikanten mit den überseeischen Abnehmern unnöthig gemacht werden; die Kommissionshäuser würden sowohl die Bestellung, Prüfung, Verpackung und Versendung der Waare übernehmen, wie auch die Bezahlung des Fabrikanten vermitteln. Hierdurch würden die großen Unzuträgkeiten des heutigen Geschäftssystems vermieden werden, die sich daraus ergeben, daß der Fabrikant jetzt häufig monatelang auf Bezahlung warten muß und außerdem unnöthigerweise für Spesen, Kommissionsgebühren, Zinsverluste 2c., drückende Kosten zu tragen hat, durch welche ein unverhältnißmäßig großer Theil des industriellen Betriebskapitals seiner eigentlichen Bestimmung entzogen wird.

Zur erfolgreichen Reform des deutschen Exporthandels nach China und Australien wäre ferner die Begründung einer Bank zur Vermittelung des Geldverkehrs erforderlich.

Zu den grundlegenden Stützen der Neuorganisation des deutschen Exporthandels gehört endlich bei der heutigen Gestaltung des Verkehrs, vielleicht als dringendstes Erforderniß, die Herstellung einer regelmäßigen Frachtverbindung Deutschlands mit den überseeischen Absatzmärkten. Nur bei einer fortgesetzten direkten Verbindung Deutschlands mit seinen außereuropäischen Absatzmärkten könnten dort jene festen Gewohnheiten des Bezugs gewisser Waaren aus deutschen Quellen entstehen, auf denen seinem Wesen nach der heutige Handelsverkehr der Nationen beruht.

Die Nothwendigkeit regelmäßiger nationaler Verkehrsverbindungen ist von den großen handeltreibenden Nationen längst erkannt worden; Regierungen und Private haben die Aufwendung großer Kosten nicht gescheut, um durch Einrichtung von Dampferlinien ihre Produkte mit der Regelmäßigkeit inländischer Postverbindungen ihren Abnehmern auf den überseeischen Märkten zuzuführen.

Die Denkschrift erörtert alsdann insbesondere eine Dampferlinie nach China, sowie eine solche nach Australien, welche letztere eine Fortsetzung nach den Südseeinseln erhalten müßte.

Durch die Zahlungseinstellung der Godefroyschen Firma in Hamburg und durch die Ablehnung der Vorlage, betreffend die Unterstützung einer internationalen Handelsgesellschaft für die Südsee-Inseln im Reichstage, hat das politische Ansehen Deutschlands in den Südsee-Inseln einen schweren Stoß erlitten. Das von der genannten Firma begonnene Unternehmen, durch Erwerb von Grundbesitz, Anlage von Plantagen, Errichtung von Handelsstationen in den verschiedenen Gruppen der Südsee-Inseln, eine feste Basis für den dortigen deutschen Handel zu gewinnen, ist ins Stocken gerathen; Positionen, welche schon gewonnen waren, haben wieder aufgegeben werden müssen, und der einst dominirende Einfluß Deutschlands bei den einzelnen Häuptlingen, welche durch Geldinteressen mit dem Hamburger Hause verbunden waren, ist an mehr als einer Stelle verloren gegangen. Als Deutschland es unternahm, auf der gewonnenen kommerziellen Grundlage durch regelmäßige Stationirung von Kriegsschiffen, Anlage von Kohlenstationen, Abschluß von Handelsverträgen und sonstigen Uebereinkünften, sowie durch Ausbreitung des Konsularwesens die Beziehungen in der Südsee zu sichern und weiter nutzbar zu machen, mußten sich diejenigen europäischen Mächte, welche dort bereits festen Fuß gefaßt hatten, zu einer Vertagung weiterer Annexionspläne entschließen. Diese Pläne sind wieder aufgenommen worden, seitdem der Reichstag durch Verweigerung der erforderlichen Unterstützung zur Fortführung des von der Hamburger Firma begonnenen kaufmännischen und nationalen Unternehmens, die Südseepolitik der Regierung desavouirt hat.

Während der Handel und die politische Machtstellung fremder Länder in der Südsee im Wachsen begriffen sind, macht Deutschland nach beiden Richtungen hin Rückschritte. Wenn wir uns nicht nach dem Vorgange anderer Staaten zu einem Landerwerb in der Südsee entschließen wollen, so bleibt nur eine möglichst kräftige Unterstützung unserer Handelsinteressen übrig, deren Gewicht einen allzu raschen Gang der fremden Annexionspolitik vielleicht noch aufzuhalten vermag.

Durch die Einrichtung einer deutschen Dampferlinie nach den Südsee-Inseln, sowie die Ausdehnung der Fahrten der australischen Linie dorthin würde Deutschland zeigen, daß es noch nicht gewillt ist, die Stellung aufzugeben, welche der deutsche Handel dort seit vielen Jahren mit Ehren behauptet hat, daß es englische und französische Konkurrenz nicht fürchtet, vielmehr entschlossen ist, mit gleichen Mitteln, wie die anderen Nationen, seine kaufmännischen Etablissements in der Südsee zu unterstützen.

Was die Beschaffung der Mittel für die Einrichtung und Erhaltung der vorhin besprochenen Dampferlinien betrifft, so ist, von einer unbefangenen Erwägung der Verhältnisse aus, zunächst festzustellen, daß es sich hier erstens um Herstellung einer Einrichtung handelt, die der Gesammtheit des deutschen Handels, und damit der deutschen Volkswirthschaft zu Gute kommen soll, und daß zweitens die hierzu erforderliche Kapitalanlage nicht eine solche sein kann, auf deren geschäftsmäßig nachweisbare Verzinsung vom ersten Betriebsjahre an zu rechnen sein wird. Die zunächst hier in Betracht kommenden Privatpersonen aus kaufmännischen und industriellen Kreisen werden wohl kaum, wenigstens nicht bei uns in der Heimath, geneigt und zugleich genügend mit Mitteln versehen sein, um durch eine Kapitalanlage, die ihnen in der Gegenwart keine Dividende abwerfen soll, für den Aufschwung des deutschen Handels in der Zukunft zu wirken.

Bei der Praxis aller anderer Staaten sollte sich, wie in den amtlichen Berichten aus China bemerkt wird, auch derjenige, der aus theoretischen Gründen gegen jede Staatsunterstützung Einsprache zu erheben geneigt ist, der Erkenntniß nicht verschließen, daß, um die deutsche Dampfschifffahrt konkurrenzfähig zu machen, ihr die gleichen Mittel geboten werden müssen, welche die Dampfschifffahrt anderer

Nationen genießt, — eben so gut wie Jemand prinzipiell für die Verminderung der stehenden Heere sein kann und doch für eine Vermehrung des Bestandes der deutschen Armee stimmt, weil die Anzahl der Truppen unserer Nachbaren dies nothwendig macht. »Unsere politische wie unsere volkswirthschaftliche Entwickelung«, heißt es in jenen Berichten, »ist eben eine andere und in vielen Fällen eine langsamere gewesen, als die anderer Staaten und wir würden Unrecht thun, den Phrasen einer modernen Schule diejenigen Mittel zu opfern, welche sich in anderen Ländern unter ähnlichen wie den jetzt bei uns herrschenden Verhältnissen bewährt haben.«

Hält man die Herstellung einer direkten Dampferverbindung zwischen Deutschland und China und Australien für die erste Vorbedingung zum Aufschwunge des deutschen Handels in jenen Ländern, so wird man auch zur Folgerung gelangen müssen, daß eine Staatssubvention für eine solche Linie erforderlich ist, da eine deutsche nicht subventionirte Dampfschifffahrt mit den subventionirten Linien der anderen Nationen nicht konkurriren kann.

Es erscheint demnach hohe Zeit, wenn Deutschland die in Australien und in der Südsee vertretenen deutschen Interessen stärken will, dieses durch Herstellung einer direkten Verbindung zu thun; das heute noch offene Feld zur Begründung eines solchen Verkehrs wird, wenn Deutschland die Gelegenheit ungenützt vorbeigehen läßt, bald von den Linien anderer Nationen eingenommen sein.

Bei Einbringung der vorstehend kurz wiedergegebenen Denkschrift an den Reichstag sprach die Reichsregierung aus, daß die von dem Gesandten in Peking und dem Generalkonsul für Australien geäußerten Wünsche zwar beachtenswerth erschienen, daß sie aber »aus der Ablehnung der Samoa-Vorlage entnommen habe, wie die Auffassungen der Mehrheit der Volksvertretung der Gewährung von Beihülfe nicht in dem Maße geneigt seien, um die verbündeten Regierungen jetzt zu weiteren Anträgen in dieser Beziehung zu ermuthigen.« Indeß ermüdet die Regierung nicht, immer aufs Neue auf die hohe nationale Bedeutung jener Angelegenheit die Aufmerksamkeit zu lenken. Neuerdings hat sie wieder unter dem Titel »Zur Hebung des deutschen Ausfuhrhandels« Mittheilungen über das Ergebniß einer Enquete der Oeffentlichkeit übergeben, welche unter deutschen und englischen Firmen in Sydney, Melbourne und Adelaide über verschiedene, die Einfuhr deutscher Waaren in Australien betreffende Punkte stattgefunden hat.

Diese Mittheilungen lauten der deutschen Industrie durchweg günstig.

Eine Reihe englischer Firmen drückte den Wunsch nach einer Erweiterung der Handelsbeziehungen mit Deutschland aus, bezeichnete hierfür eine bessere Schiffahrtsverbindung als das geeignetste Mittel, und begrüßte daher mit Genugthuung die in Aussicht genommene Errichtung einer regelmäßigen Dampferlinie zwischen Hamburg und den australischen Häfen, von welcher sie sich natürlich auch für die Belebung der Ausfuhr australischer Produkte nach Deutschland Erfolg versprachen.

Wo von englischer Seite über deutsche Waaren oder über einzelne Branchen des deutschen Einfuhrgeschäftes in Australien ungünstige Beobachtungen mitgetheilt sind, stimmen dieselben durchaus mit den Gutachten überein, welche über dieselben Punkte von hiesigen deutschen Firmen abgegeben sind. Es darf daher angenommen werden, daß die gerügten Mängel wirklich vorhanden sind. Eine ähnliche Uebereinstimmung des deutschen und englischen Urtheils hat sich auch in den Lobsprüchen gezeigt, welche den nach Australien eingeführten deutschen Industrie-Erzeugnissen ertheilt werden konnten. Selbstverständlich haben verschiedene Firmen verschiedene Erfahrungen gemacht, je nachdem sie gute oder schlechte, vorübergehende oder dauernde Verbindungen in Deutschland hatten. Erst aus einer Vergleichung dieser Einzel-Erfahrungen, unter Berücksichtigung der Persönlichkeiten und Verhältnisse, kann ein annähernd richtiges Gesammturtheil gewonnen werden.

Die ganz überwiegende Mehrheit der befragten Firmen hat sich nun dahin ausgesprochen, daß die von ihnen eingeführten deutschen Artikel überhaupt keinen Anlaß zu Beschwerden irgend welcher Art gäben. Weder die Qualität, noch die Aufmachung und Verpackung der Waaren sind bemängelt worden. Im Gegentheil ist bei einer ganzen Anzahl von Artikeln die Vorzüglichkeit des deutschen Fabrikats ausdrücklich hervorgehoben und nicht nur die Konkurrenzfähigkeit, sondern mitunter auch die Ueberlegenheit desselben im Vergleich zu den gleichartigen Erzeugnissen der englischen, nordamerikanischen oder französischen Industrie anerkannt. In diese Kategorie gehören Anilinfarben, Strumpfwaaren, Tuche, Bier, Cement, Eisendraht, Pianos, Hufnägel, Dynamit, Chemikalien verschiedener Art. Bei den meisten dieser Artikel wurde auch das Aussehen und die Verpackung besonders gelobt. Dieses günstige Resultat ist nach den vorliegenden Angaben dem Umstande zu verdanken, daß zwischen den dortigen Abnehmern und den Produzenten in Deutschland langjährige geschäftliche Verbindungen bestehen, daß Erstere genaue Anweisungen über Qualität, Farbe, Form, Verpackung und Aufmachung der gewünschten Waaren ertheilen, und daß diese Instruktionen von den deutschen Fabrikanten pünktlich befolgt und sorgfältig ausgeführt werden.

Unser Kaiser gedenkt in den nächsten Tagen nach beendigter Kur Gastein zu verlassen. Nähere Bestimmungen über den Tag der Abreise sind noch nicht bekannt geworden; auch war bis gestern darüber, ob die Rückreise direkt nach Berlin erfolgen oder über Coblenz führen wird, noch nicht die letzte Entscheidung getroffen.

Das Befinden des Kaisers ist ein so gleichmäßig gutes, daß selbst bei der in der vorigen Woche eingetretenen rauhen Witterung, welche eine Unterbrechung der Spaziergänge und Ausfahrten zur Folge hatte, die täglichen Bäder regelmäßig genommen werden konnten.

Vor seiner Abreise wird der Kaiser noch die hohe Freude haben, seinen erhabenen Freund, den Kaiser von Oesterreich, zu begrüßen, welcher am Donnerstag (4. August) Vormittags in Gastein einzutreffen und dort bis zum nächsten Morgen zu verweilen gedenkt.

Unsere Kaiserin macht in der Besserung ihres Gesundheitszustandes noch immer keine erheblichen Fortschritte. Die Operationsstelle ist fast vollständig geheilt. Die Hebung der Kräfte, obwohl unverkennbar, nimmt jedoch einen äußerst langsamen Fortgang, so daß Ihre Majestät noch für längere Zeit absoluter Ruhe und großer Schonung bedarf. Die früher erwähnten Störungen dauern, wenn auch verringert, noch fort und verhindern bis jetzt die vollständige Rekonvaleszenz, deren Eintritt indessen entgegengesehen werden darf.

Kalakaua I., der König der Hawaiischen Inseln, ist am Freitag (29. Juli) von Brüssel kommend in Berlin eingetroffen. Derselbe hat während seines Aufenthalts den Sehenswürdigkeiten der Reichshauptstadt eine lebhafte Theilnahme zugewendet. Am Sonnabend besichtigte der König unter Führung des Kommandanten von Berlin das Königliche Schloß und besuchte darauf das Museum und die Nationalgalerie. Am Montag Vormittag nahm er in Tegel das Artillerieschießen in Augenschein. Nachmittags fuhr der König nach Potsdam, um eine Rundfahrt durch die königlichen Gärten zu unternehmen und einer Einladung des Prinzen Wilhelm zum Diner zu folgen. Am Dienstag Morgen wohnte er den ihm zu Ehren veranstalteten Truppenübungen auf dem Tempelhofer Felde bei und nahm alsdann eingehend Kenntniß von den Einrichtungen der Berliner Feuerwehr. Nachmittags begab er sich zum Diner beim Prinzen Karl abermals nach Potsdam und fuhr Abends zum Besuch der Kruppschen Etablissements nach Essen. — Der König gedenkt demnächst die Reise nach Wien fortzusetzen.

Vaterländische Geschichts- und Unterhaltungs-Bibliothek nennt sich eine Sammlung von Erzählungen, welche, im Verlage von C. S. Liebrecht in Berlin erschienen, bisher sechs Bände zählt und jährlich durch einige Bände vervollständigt werden soll. Es sind anspruchslose, dem allgemeinen Verständniß leicht zugängliche Erzählungen aus der vaterländischen Geschichte, zwar nicht von hohem literarischen Werthe, aber von durchaus sittlichem Geiste getragen, ein ebenso belehrender wie anregender Lesestoff für die weitesten Kreise des Volkes. Schon die Titel der bisher erschienenen, sauber ausgestatteten Bändchen, wie »Die Kornblume von Paretz, ein Lebensbild Kaiser Wilhelms I.«, »Luise, Preußens Engel« u. s. w. geben Zeugniß, daß es sich um echt patriotische Volksschriften handelt.

Wenn die »Provinzial-Correspondenz«, welche sonst für Bücherbesprechungen keinen Raum hat, hier eine Ausnahme macht, so geschieht es, weil es Pflicht ist, in einer Zeit, wo die den christlichen Glauben zerstörenden und den Thron untergrabenden liberalen Ideen selbst in die für das Volk und die Jugend bestimmten Bibliotheken den breitesten Eingang finden, auf eine so gesunde und den wahren Patriotismus weckende Sammlung von Erzählungen hinzuweisen. Dieselbe ist bereits für verschiedene öffentliche Anstalten, u. A. für Militär-Institute angeschafft, und neuerdings, da das Werk sich, wie es in der betreffenden Verfügung des Ministers des Innern heißt, »sowohl durch seinen Inhalt, als auch durch seine Fassung zu einer belehrenden und die Loyalität fördernden Lektüre eignet«, auch zum Ankauf für die Bibliotheken der Straf- und Gefangenen-Anstalten empfohlen worden.

Verantwortlich: der Herausgeber Dr. Friedrich Dörr.

Berlin, gedruckt in der Reichsdruckerei.